

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 29 (1949-1950)
Heft: 4

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage

Die sechste Tagung des Außenministerrates in Paris hat vielleicht manchen enttäuscht, der von ihr eine wirkliche Bereinigung in der deutschen Frage erwartet hatte, aber man kann andererseits sagen, daß sie auch den Pessimisten nicht recht gegeben hat und daß sie am Ende doch wohl besser war als der Ruf, den sie in ihrem Verlaufe über sich verbreitete. Zwar konnte sich der Beobachter während des Verlaufes der Tagung ziemlich bald klar darüber werden, daß die Erzielung einer wirklichen Einigung in der deutschen Frage nicht mehr in Betracht kam. Hier hat sich die Vermutung als richtig erwiesen, die man doch mancherorts hegte, daß nämlich die in der

Teilung Deutschlands

zum Ausdruck kommende scharf divergierende Politik der Mächte im Laufe der langen Entwicklung der letzten Jahre doch zu tief Wurzeln gefaßt hat, als daß sie hätte überwunden werden können. Vielleicht kann sie überhaupt nicht mehr überwunden werden. So mutete, was in bezug auf die Einheit Deutschlands an dieser Konferenz besprochen wurde, reichlich illusorisch an, und im übrigen erschienen die betreffenden Vorschläge oder «Einigungsentwürfe» beiderseits in derart extremer Fassung, daß sich die Erkenntnis doch ziemlich rasch und allgemein verbreitete, es handle sich dabei vorwiegend um propagandistische Elemente ohne wirklichen realen Hintergrund. So zum Beispiel, wenn die Sowjetunion die Einheit Deutschlands unter der Ägide eines neu zu bildenden alliierten Kontrollrates nach dem Muster des Jahres 1945 in Vorschlag brachte, also mit voll ausgebildetem Veto, oder wenn andererseits die Westmächte allen Ernstes ganz einfach die Übernahme der politischen Organisation Westdeutschlands auf ein einheitliches Deutschland ihrem Partner unterbreiteten. Es ist klar, daß für solche Hypothesen die Zeit zu weit fortgeschritten war. Also blieb nichts anderes übrig, als die Teilung Deutschlands zu bestätigen. Wenn dies auch nicht ausdrücklich geschah, so wurde diese Tatsache doch als vorerst unabänderlich den realen Entschlüssen zugrunde gelegt, und wie dies im Falle Deutschlands geschah, so geschah es auch im Falle Berlins. Und dabei weiß eben niemand zu sagen, ob diese vorläufige Festlegung nicht etwas endgültiges in sich trägt. Geht man nun aber von der offensichtlichen Zwangsläufigkeit dieser Grundlage aus, so wäre festzustellen, daß immerhin einiges erreicht worden ist. Für den Fall Berlins scheint die Blockade nunmehr endgültig aufgehoben, und es zeichnet sich in dieser Tatsache ganz offensichtlich ein bedeutender Erfolg der Politik der Westmächte ab, während vorwiegend zu Gunsten der Sowjetunion die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Westzonen und der Ostzone spielt. Das sind die zwei wesentlichen Punkte, während alles übrige der Zukunft überlassen bleibt. Bedeutend weiter ist man dafür im Falle

Osterreichs

gelangt, wo über alle wesentlichen Punkte des Staatsvertrages nunmehr die Einigung erzielt worden ist. Dabei ergab sich als wichtigster Punkt die Bloßstellung der jugoslawischen Ansprüche auf Kärntner Gebiet durch die Sowjetunion, womit diese Ansprüche zugleich dahingefallen waren. Angesichts der immer schärfer sich zuspitzenden Beziehungen zwischen dem Ostblock und Marschall Tito kann über diese Entscheidung niemand weiter erstaunt sein, und so stand denn schon lange zu vermuten, diese Ansprüche würden von Seiten der Sowjetunion ausschließlich im Sinne eines Kompensationsobjektes benutzt. Dies ist denn auch geschehen, und es besteht kein Zweifel darüber, daß Moskau dafür auf anderen Gebieten beträchtliche Vorteile erlangt hat. Diese Vorteile betreffen die künftigen Ansprüche wirtschaftlicher Natur gegenüber Osterreich. So haben die Westmächte die russische Forderung auf integrale Überlassung sämtlicher Vermögenswerte der «Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft», soweit sie sich in der Ostzone Osterreichs und weiter donauabwärts befinden, angenommen, ferner wird die russische Reparationsforderung in der Höhe von 150 Millionen Dollar anerkannt und es werden der Sowjetunion für die Zukunft 60 % der österreichischen Erdölproduktion überwiesen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß man damit dem befreiten Osterreich eine schwere und deswegen besonders unangenehme Bürde aufgeladen hat, weil hier offensichtlich die Grundlage für ständige Reibereien gegeben ist. Einen Vorgeschmack von diesen Dingen hat man ja bereits in Paris erhalten, als der russische Delegierte nach dem Abschluß der Konferenz einen nochmaligen Zusammentritt der Minister verlangte, damit die Modalitäten der Überweisung des künftigen sowjetischen Anteils durch Osterreich genau festgelegt würden. Nun ist diese Frage mitsamt den übrigen Einzelheiten der Erledigung durch die Stellvertreter der Außenminister überlassen worden. Immerhin kann davon ausgegangen werden, daß der Staatsvertrag nunmehr zustande kommt und Osterreich in absehbarer Zeit von den Besetzungstruppen geräumt wird. Wie man weiß, wären in diesem Falle dann auch die sogenannten russischen Verbindungstruppen aus Ungarn und Rumänien zurückzuziehen. Mit diesen Lösungen ist die viel besprochene Konferenz zu Ende gegangen, aber es scheint uns, daß das eigentliche Ergebnis weniger darin als in dem Fortschritt liege, der sich im Zeichen einer

Verbesserung der Atmosphäre

erkennen läßt. Zum ersten Mal seit langer Zeit ist so etwas wie eine Erleichterung zu spüren, weil man sieht, daß trotz der großen Macht der imperialen und ideologischen Gegensätze Lösungen doch möglich sind. Es steht freilich dahin, ob dieser Weg nicht in Zukunft noch wiederholt unterbrochen wird, so etwa, wenn es sich zeigen sollte, daß die Sowjetunion auf lange Sicht nichts anderes als die psychologische Schwächung und Zersplitterung der Front des Westens erstrebt. Eine solche Feststellung müßte automatisch wieder zu bedeutenden Rückschlägen führen, und da sie im Bereiche der Möglichkeit liegt, ist es zweckmäßig, wenn man sich darauf, als schlimmen Fall, einstellt. Daß im übrigen dieser erste Fortschritt in den Beziehungen der vier Mächte auf der Basis einer Anerkennung und Abgrenzung der gegenseitigen Einflusssphären erzielt worden ist, wie er in der Teilung Deutschlands zum Ausdruck kommt, braucht für die Zukunft nicht unbedingt nachteilig zu sein.

Jann v. Sprecher

Brief aus Paris

Frankreich führt einen «kalten Krieg» gegen sich selber — so ließe sich die innerpolitische Entwicklung der letzten Wochen kennzeichnen.

Die traditionelle Uneinigkeit der Franzosen in allen Belangen der Politik zeigt sich äußerlich darin, daß selten eine Regierung zumindest ihr erstes Lebensjahr vollenden kann. Rechnet man die «Umbildungen» der Regierungen hinzu, die meist einer Regierungskrise in Taschenformat gleichkommen, so reduziert sich die übliche Lebensdauer eines Kabinetts sogar nur auf einige Monate.

Ist da ein Wandel eingetreten? — könnte man sich fragen. Denn

die Regierung Queuille

fuhr bis jetzt an zahlreichen fakultativen Haltestellen des parlamentarischen Lebens wie ein Schnellzug vorbei, ohne daß Passagiere aus- oder einsteigen konnten. Nun — so günstig ist ihre Lage dennoch nicht, wie es den Anschein hat. In seinen geistreich geschriebenen, sehr verlässlichen politischen Bulletins¹⁾ schreibt André Noel, ein junger Abgeordneter aus den Reihen des M.R.P., dem man in den kommenden Jahren vermutlich noch bei wichtigeren Anlässen begegnen wird, daß Ministerpräsident Queuille sich gerne von einigen seiner Minister trennen möchte, doch wagt er es nicht, sein Kabinett umzubilden, weil er sich hiezu nicht stark genug fühlt. Tatsächlich ähnelt die heutige Regierung einem jener alten Möbelstücke französischer Haushalte, die man beim Umzug nicht mitnimmt, weil sie den Transport nicht überdauern würden; solange sie aber nicht von der Stelle gerückt zu werden brauchen, dienen sie noch ganz gut.

Diese Unstetigkeit der französischen Innenpolitik ist, wie gesagt, nichts Neues, doch spielt sie sich in einer Welt ab, die von der Epoche der Dritten Republik grundverschieden ist. Bis zum Jahre 1939 hat die internationale Einschätzung Frankreichs nicht darunter gelitten, daß sich dort die Ministerlisten fast im Rhythmus der Kinoprogramme änderten. Denn es bestand ein ungeschriebenes Gesetz, wonach die Parteien ihre Rivalitäten in außenpolitischer Hinsicht nicht zum Ausdruck bringen durften. (Diese Regel trifft auch auf die heutige Lage zu, seitdem die Kommunisten aus der Regierung ausgebootet wurden und in einer sturen, aber wirkungslosen Opposition verharren müssen.) Den grundlegenden Unterschied gegenüber der Vergangenheit brachte die Entwicklung im Felde der internationalen Wirtschaftszusammenhänge. Und in dieser Hinsicht wirkt sich die ständige Ungewißheit, welche die nahe, manchmal auch die nächste Zukunft der französischen Innenpolitik wie ein undurchdringlicher Nebel verhüllt, recht ungünstig aus.

Frankreich hat sich entschlossen zum Marshallplan und zu der Zusammenarbeit mit den Weststaaten bekannt; schon vorher hat es in Bretton Woods Verpflichtungen in bezug auf seine Währungspolitik auf sich genommen, denen in Havanna solche handelspolitischer Natur gefolgt sind. Im Rahmen des Marshallplanes trat es im vergangenen Oktober dem intereuropäischen Zahlungsplan bei und zu Beginn des Jahres hat es die Bildung einer Zoll- und später einer Wirtschaftsunion mit Italien beschlossen. Wenn auch alle diese Abkommen aus freien Stücken eingegangen worden sind, bringen sie dennoch Einschränkungen der staatlichen Souveränität in wirtschaftlichen Belangen mit sich.

Zu einer internationalen Wirtschaftspolitik dieser Art gehört nun eine Einigung der Parteien auf

¹⁾ Lettres d'Informations Politiques, Economiques et Financières, 23, rue P. Vaillant-Couturier, Maison Alfort (Seine).

eine nationale Wirtschaftspolitik

oder aber die mutige und zielbewußte Anwendung bestimmter wirtschaftspolitischer Grundsätze, die ein in sich geschlossenes Ganzes bilden, auch wenn sie nicht von der ganzen Nation gebilligt werden (wie dies in England der Fall ist). Frankreich konnte sich aber nicht entschließen, einen dieser beiden Wege zu betreten, weil die parteipolitischen Gegensätze zu tiefe Wurzeln in den Weltanschauungen haben, als daß eine Einigung aller rechts von den Kommunisten stehenden Parteien in der Kammer durchführbar wäre, und weil andererseits keine Partei stark genug ist, um die staatliche Wirtschaftspolitik nach ihrem eigenen Antlitz zu prägen.

Sieht man von der extrem linken Partei ab, die sich nach Moskauer Ansichten richtet und einen Fremdkörper in Frankreich darstellt, so stehen sich im Palais Bourbon drei Hauptrichtungen verfeindet gegenüber. Die Sozialdemokraten waren, zu jener Zeit noch zusammen mit den Kommunisten, die Urheber der Verstaatlichungen und beharren auf ihren Grundsätzen auch jetzt, obschon sie bei deren Durchführung viel Wasser in ihren Wein gegossen haben. Am entgegengesetzten Pol stehen nicht so sehr die Gaullisten, denen man (vielleicht nicht ganz zu Unrecht) die Absicht nachsagt, eine autoritäre Staatsform anzustreben, sondern die sogenannten Gemäßigten, die im Grunde genommen hochkonservativ sind und die bürgerlichen Elemente, das Großkapital im politischen Leben vertreten. Diese Partei möchte am liebsten alle staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben abschaffen und irgendwie, wenn auch nicht schlagartig, zum «laissez faire» (wenn auch nicht zum «enrichissez-vous» von Louis-Philippe) zurückkehren.

Im Zwischenfelde, das links von der S.F.I.O. und rechts von der von Paul Reynaud geführten P.R.L. eingesäumt wird, steht eine Gruppe von Parteien (die Republikanische Volksbewegung und die Radikalen voran), die, obschon untereinander in vielen Fragen uneinig, sich dessen bewußt sind, daß sie zwischen dem linken und dem rechten Felde des Parlamentes eine Brücke bilden und daß man sie, wenn sie nur zusammenhalten, aus keiner Regierung hinausmanövrieren kann. Ganz im Gegenteil, sie allein sind immer in der Lage, die Grundlage für eine Regierung abzugeben, denn sie zusammen sind stark genug, um entweder links oder rechts die noch fehlenden Stimmen zu einer Regierungsbildung (311 Stimmen — die absolute Mehrheit der Kammermitglieder — sind hiezu nötig) aufzubringen.

Zu äußerst rechts steht die Partei von General de Gaulle (R.P. F.), die bezeichnenderweise in bezug auf die zu befolgende Wirtschaftspolitik manchmal weit links ihre Grundsätze holt. Sie ist eben eine Massenbewegung und muß eine Wirtschaftspolitik befolgen, die Anklang bei dem kleinen Mann findet.

* * *

Nun setzen sich diese parteipolitischen Gegensätze im Felde der parlamentarischen Stellungnahme fort und bewirken, daß sich in Frankreich keine einheitliche Wirtschaftspolitik herauskristallisieren kann. Einig sind die Parteien nur in der Verteidigung der schwer erlangten und vielleicht noch immer nicht ganz gesicherten Währungsstabilisierung. Eben hier scheinen aber die internationalen Zusammenhänge auf eine herannahende allgemeine Neuregelung hinzuweisen, die beim Werk der Regierung Queuille vom vergangenen Herbst Abänderungen bringen könnte.

Wichtig wäre es, daß sich Frankreich nunmehr für eine klare Linie der Wirtschaftspolitik entscheidet. Denn in Westeuropa geht ein Kampf um die Führung vor sich. England, das Anspruch auf die erste Stelle erhebt, hat sich dem Grundsatz der staatlichen Wirtschaftslenkung verschrieben (was sich allerdings nach den heranahenden Wahlen ändern könnte); andererseits trachtet Belgien, dessen wirtschaftliches Gewicht weit größer ist als die Ausdehnung seines Gebietes, zu der marktwirtschaft-

lichen Ordnung zurückzukehren. Auch die Schweiz befolgt diesen Grundsatz, und wenn sie auch am Marshallplan nur nominell beteiligt ist, gilt ihr Wort viel bei den gemeinsamen Beschlußfassungen.

Frankreich muß sich nun für irgendeine Lösung entschließen. Die parteipolitischen Gegensätze stören die Abklärung des Falles. So hörte man vor kurzem von seiten Bidaults, der immerhin im Namen einer der größten Parteien spricht, das amüsante, aber in seiner beabsichtigten Vorsichtigkeit eher verwirrende als leitende Wort:

«Man muß die Wirtschaftsreformen reformieren».

Gewiß haben sich die Nationalisierungen der ersten Nachkriegsjahre nicht bewährt, aber eben weil sie nach allgemeiner Ansicht abänderungsbedürftig sind, schuldet der Vorsitzende einer führenden parlamentarischen Partei dem Lande Rechenschaft darüber, wie weitgehend und in welchem Sinne er sie abändern möchte. Nicht viel besser steht es in bezug auf die Stellungnahme der Radikalen, aus deren Reihen der Ministerpräsident und der Kammerpräsident stammen, die also, wenn auch nicht numerisch, aber gemessen an ihrem Gewicht, eine führende Partei sind. Sie möchten gemischtwirtschaftliche Gesellschaften schaffen, damit das Privatkapital sich wieder in jenen Feldern beteilige, von welchen es durch die Nationalisierungen verdrängt wurde. Aber solange diese staatlich geführten Gesellschaften Defizite auftürmen, wird sich das Privatkapital bestimmt nicht dazu hergeben, ihren Bedarf an Investitionskapitalien zu decken.

Nur in großen Zügen kann das komplexe Problem der französischen Wirtschaftspolitik im Rahmen eines Artikels behandelt werden. Die obigen Hinweise dürften aber erklären, weshalb Frankreich bei den internationalen Bestrebungen zur Wiederaufrichtung Westeuropas nicht zu jener Rolle gelangt, die ihm zustehen müßte und hiedurch auch den eingangs gemachten Hinweis rechtfertigen, daß es einen «kalten Krieg» gegen sich selber führt.

* * *

Londoner Brief

Die Arbeiterpartei und die Arbeiterbewegung

standen in der Berichtszeit im Mittelpunkt des Interesses. Pfingsten ist die Zeit, wo die Delegierten der Arbeiterpartei sich in der kräftigenden Seeluft versammeln, um die Ergebnisse des abgelaufenen Jahres zu überblicken und Pläne für das kommende zu fassen. Diese Delegierten setzen sich hauptsächlich aus zwei Kategorien zusammen: den Vertretern der Wahlkreise und ihrer Organisationen und den Vertretern der Gewerkschaften, die schon deswegen für die Partei eine besondere Bedeutung haben, weil sie ihr die Kassen füllen. Die Gewerkschaften haben das Recht, von jedem ihrer Mitglieder, gleichviel ob es politisch zur Partei gehört oder nicht, einen politischen Beitrag einzuziehen, und diese Quelle ist so ergiebig, daß auch die sehr gesteigerten finanziellen Bedürfnisse einer großen Partei daraus befriedigt werden können. Allerdings kann ein Gewerkschaftsmitglied erklären, daß es die Zahlung des Parteibeitrags ablehne, aber dazu gehört, wie die Dinge nun einmal liegen, mehr Charakterstärke als man bei der großen Mehrzahl voraussetzen kann.

Der diesjährige Kongreß erhielt seine besondere Wichtigkeit durch die Tatsache, daß er voraussichtlich der letzte vor der bevorstehenden allgemeinen Wahl ist, als deren wahrscheinliches Datum der Mai 1950 gilt. Jedenfalls hatte der Partei-

tag zu dem Wahlprogramm Stellung zu nehmen, mit dem die Regierung in den Wahlkampf hineingehen will. Daß der Vorschlag der Parteileitung die große Mehrheit für sich hatte, kann nicht wundernehmen. Keine Partei liebt es, kurz vor einer Wahl tiefgehende Differenzen zu zeigen. Zwar geht das Wahlprogramm manchem Sozialisten nicht weit genug; aber auch er kann sich im stillen Kämmerlein der Zweifel nicht ent schlagen, ob die große Menge der «Mitläufer», die man doch zum Siege braucht, geneigt sein würde, die angebotene Speise zu verzehren, wenn sie allzu stark gepfeffert würde. Denn die konservativen Erfolge bei den Lokalwahlen haben auch den «Vollen und Ganzen» gezeigt, daß die Willfähigkeit der Mitläufer eine Grenze hat, die man nicht ungestraft mißachten darf. Auch sind die bisherigen Erfolge der sozialisierten Betriebe keineswegs so glänzend, daß man mit ihnen Propaganda treiben könnte. Die meisten Delegierten dürften geneigt sein, der Führung Herbert Morrisons zu folgen, der in der Partei als der beste Kenner der Psychologie des englischen Wählers gilt. Besonders die Gewerkschaften folgten der Parteileitung, als es sich um den Ausschluß zweier Abgeordneter handelte, die von dem Recht, ihre eigenen Wege zu gehen, einen allzu ausschweifenden Gebrauch gemacht hatten. Namentlich handelt es sich dabei um Konni Zilliacus, der Bevin unausgesetzt wegen seiner Politik gegenüber Rußland angreift. Aber es war bemerkenswert, daß ein großer Teil der Wahlkreisdelegierten Sympathie für Zilliacus an den Tag legte, vermutlich weniger, weil sie an Freundschaft mit Rußland oder den Kommunisten glauben, als weil sie sich nicht wohl bei einer Außenpolitik fühlen, die den Beifall der Tories hat. Auch haben sie nicht vergessen, daß Zilliacus' gepfefferte Broschüren gegen die Konservativen nicht unerheblich zu dem Wahlsieg von 1945 beigetragen haben. Dafür spricht auch die hohe Stimmenzahl, mit der sie einen anderen dieser Broschürensreiber, Michael Foot, den Abkömmling einer prominenten Familie eifriger Liberaler, in den Parteivorstand wählten.

Sachlich wichtiger als diese Personalfragen war die Debatte über die

Finanzpolitik von Sir Stafford Cripps.

Unzweifelhaft hat sein letztes Budget in den sozialistischen Reihen starkes Unbehagen hervorgerufen, weil es mit rauher Hand Illusionen zerstört hat, die beim Wählerfang so erfolgreich gewesen waren. Besonders interessant war, daß unter den Kritikern des Schatzkanzlers auch der Vorsitzende der Fraktion, Maurice Webb, aufmarschierte, der zwar eine gegen Cripps gerichtete Resolution zurückwies, ihm aber gleichzeitig vorwarf, die Gelegenheit nicht genügend benutzt zu haben, um die steuerliche Belastung der unteren Einkommensgruppen zu erleichtern, — während jeder Sachkenner weiß, daß die Steuern ganz übermäßig auf den mittleren und höheren Einkommen lasten. Es war Cripps nicht sehr schwer, mit seinen Kritikern fertig zu werden. Er konnte ihnen z. B. zeigen, daß die Löhne in einem Jahr um 12 $\frac{1}{2}$ Prozent gestiegen sind, während die Preissteigerung nur 7 Prozent betrug, daß die staatlichen Subsidien für Lebensmittel immer noch £ 9.— pro Kopf der Bevölkerung betragen, denen gegenüber die in seinem Budget vorgesehene Steigerung um vier Pennies in der Woche nicht ins Gewicht fällt. Er wandte sich auch gegen die von ihm selbst durch gelegentliche Bemerkungen geförderte Legende, daß an den Preissteigerungen die ungebührlichen Gewinne der Kapitalisten schuld seien, und daß der Staat diesen durch Gesetze nach der Art des Dr. Eisenbarth entgegentreten könne. Aber das wichtigste war, daß der Schatzkanzler, der sehr genau weiß, mit welchen großen Schwierigkeiten die englische Volkswirtschaft in der nächsten Zeit zu kämpfen haben wird und dessen Aufmerksamkeit auch die Kursstürze an der Börse in den letzten Wochen gewiß nicht entgangen sind, rundheraus erklärte: «Wir müssen der Tatsache ins Gesicht sehen, daß es nur *einen* Weg gibt, den Lebensstandard zu erhöhen, das ist der, mehr zu produzieren und die Produktion

wirksamer zu gestalten. Aus den Profiten können wir keine höheren Steuern herausholen». Das hätte auch Adam Smith sagen können. Die nationalökonomischen Wahrheiten haben nun einmal die unangenehme Eigentümlichkeit, sich auch den Utopisten aufzudrängen, wenn sie lange genug die Verantwortung getragen haben. Wie kläglich wirkt demgegenüber die Kritik eines der radikalen Abgeordneten, Richard Crossmann: vom finanziellen Standpunkt sei das Argument des Schatzkanzlers allerdings durchschlagend, aber vom politischen sei es «irrelevant». Wenn die Delegierten die gegen Cripps eingebrachte Resolution mit überwältigender Mehrheit ablehnten, so beweist das freilich keineswegs, daß sie sich bei seiner Politik wohl fühlen.

Sie haben aber noch mehr Grund zur Beunruhigung, wenn sie an

die Streiks

denken, die sich zur Zeit des Parteikongresses abspielten. Auf dem Parteitag verlangte der Generalsekretär der Eisenbahner größeren Einfluß der Gewerkschaften auf die Leitung der sozialisierten Betriebe, wobei er natürlich in erster Linie an die Eisenbahnen dachte. Hier zeigt sich das wahre psychologische Motiv des Verlangens der Arbeiter nach Verstaatlichung. Der Grundgedanke ist syndikalistisch: die Arbeiter wollen diese Betriebe in ihre eigene Hand bekommen. Das steht natürlich mit der reinen sozialistischen Doktrin keineswegs im Einklang, und auch die Minister, die für diese Betriebe die Verantwortung haben, können sich darauf nicht einlassen. Gerade die Eisenbahner sind es, die in diesen Tagen wieder einmal gezeigt haben, daß

Sozialisierung und sozialer Friede keineswegs identisch

sind. Gewisse Anordnungen der staatlichen Leitung der Eisenbahnen haben zu sonntäglichen Demonstrationstreiks geführt, die deswegen nicht weniger störend waren, weil man sie «unoffiziell» nannte. Sie waren «unoffiziell», weil die Gewerkschaften sie offiziell abgelehnt hatten, was freilich jene Eisenbahnergewerkschaft, deren Generalsekretär auf dem Parteitag sprach, nicht abgehalten hat, sie unter der Hand durch ihre zweideutige Haltung zu begünstigen. «Unoffiziell» war auch der Streik der Dockarbeiter, der wochenlang mehrere Häfen stillgelegt, die Lebensmittelversorgung Englands gefährdet und seine Ausfuhr geschädigt hat. Diese «unoffiziellen» Streiks legen die Axt an die Wurzel der ganzen Gewerkschaftspolitik und ihres Rechts. Jeder Vertrag basiert auf der Zusage beider Vertragsparteien, ihre Verpflichtungen zu erfüllen und im Falle der Nichterfüllung dem andern Teil für den Schaden zu haften. So hat auch der industrielle Kollektivvertrag die Voraussetzung, daß die Gewerkschaft für die Erfüllung der in diesem Vertrag übernommenen Verpflichtungen einsteht. Um diese Pflicht zu erfüllen, muß sie so großen Einfluß auf ihre Mitglieder haben, daß sie sich auf ihre Vertragstreue verlassen kann. Der «unoffizielle» Streik zerstört diese wesentliche und unentbehrliche Vertragsgrundlage. Das mag eine Zeit lang aus politischen Gründen geduldet und übersehen werden. Aber einmal wird auch hier der Zeitpunkt kommen, wo sich die Logik der Tatsachen durchsetzt.

Ignotus

Brief aus Washington

Eine der wichtigsten Tatsachen der Nachkriegszeit ist die aktive amerikanische Anteilnahme am Weltgeschehen. Die Vereinigten Staaten haben den Fehler von 1920 nicht wiederholt; sie haben sich nicht wie damals abgesondert und sich nicht einer nur in der Vorstellung bestehenden Sicherheit hingegeben. Die Ereignisse haben dieses Verhalten diktiert, das aber gleichzeitig auch dem Willen der Mehrheit des amerikanischen Volkes entspricht. Spuren des Isolationismus sind immer noch vorhanden und finden auf Umwegen Ausdruck; aber das Verständnis für die Verantwortung, die Amerika heute in der Welt trägt, wird noch lange Zeit die Grundlage der amerikanischen Politik bleiben.

Die Grundidee, die zur Bildung der Vereinigten Nationen führte, wurde im Weißen Haus zu Washington geboren, und es war weitgehend die Kraft des amerikanischen Idealismus, welche die neue internationale Körperschaft ins Leben rief. Gleichzeitig mit der Geburt der Vereinigten Nationen traten die ersten Anzeichen von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland in Erscheinung, die sich seither zum kalten Krieg zwischen Ost und West entwickelt haben. Aus diesem Grunde und weil die Vereinigten Staaten noch nicht bereit waren, sich restlos für ein System der internationalen Herrschaft einzusetzen, wurden bei der Gründung der UNO sehr viele Einschränkungen gemacht. Die wichtigste von diesen ist natürlich der Grundsatz des Vetos, der den Vereinigten Staaten ebenso wünschenswert erschien wie der Sowjetunion.

In den Monaten, die auf die Konferenz von San Francisco im Jahre 1945 folgten, und ganz besonders unmittelbar nach der Kapitulation Japans, vertiefte sich die Kluft zwischen Ost und West, und man fragte sich: werden sich die Vereinigten Staaten nun überstürzt in ihre altbekannte Isolation zurückziehen, nachdem sie nach so kurzer Zeit in ihrer neuen Rolle auf der Weltbühne solche Enttäuschungen erleben mußten? Es dauerte nicht lange, bis man die Antwort erhielt. In ziemlich rascher Folge unternahmen die Vereinigten Staaten eine Anzahl Schritte, die nur wenig Zweifel an ihren Absichten übrig ließen. Das Darlehen an Großbritannien, die Truman-Doktrin und schließlich der Marshallplan wurden verwirklicht. Und wenn es danach immer noch Zweifler gab, dann erhielten diese durch das loyale Ausharren der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland und durch die Berliner Luftbrücke den endgültigen Beweis dafür, daß niemand an ein Nachgeben oder an Rückzug dachte.

Der Atlantikpakt,

der in ein paar Wochen vom amerikanischen Senat ratifiziert werden wird, bindet die Vereinigten Staaten viel stärker als je zuvor (mit Ausnahme der Kriegszeit) an die Familie der demokratischen Völker. Es ist in Amerika viel darüber geredet worden, wie weit man sich rechtlich binden solle in bezug auf die Hilfeleistung an einen Mitgliedstaat der «Atlantischen Völkergemeinschaft», falls einer angegriffen werden sollte. Daß die Macht, über Krieg und Frieden zu entscheiden, dem amerikanischen Kongreß reserviert bleibt, gehört zu den Grundprinzipien der amerikanischen Verfassung. Im übrigen ist es ganz klar, daß die Vereinigten Staaten den Weg weitergehen müssen, den sie seit 1945 verfolgt haben, nämlich den der internationalen Zusammenarbeit für den Frieden, gleichgültig wie die technischen Ausdrücke und Formulierungen in den Verträgen lauten mögen.

Seine Befürworter heben hervor, daß der Atlantikpakt keineswegs die UNO übergehe oder sie gar verdränge, daß er vielmehr ein Regionalabkommen sei gemäß den Bestimmungen, die für solche Abkommen in der Charta der UNO aufgestellt worden seien. Das ist richtig, aber es ist ebenso wahr, daß es wahrscheinlich nie

einen Atlantikpakt gegeben hätte, wenn die Vereinigten Nationen ihren Grundsätzen besser nachgelebt und ihre Versprechungen gehalten hätten. Der Pakt ist deshalb gleichzeitig ein Teil der UNO und etwas von ihr Getrenntes.

Man hat die Frage gestellt: messen die Vereinigten Staaten der UNO oder dem Atlantikpakt größere Bedeutung bei und welcher von den beiden Institutionen werden sie die Treue halten? Diese Fragestellung ist unfair und es gibt keine Antwort, welche die amerikanische Haltung genau widerspiegeln könnte. Die amerikanische Teilnahme am Pakt beruht auf den gleichen Idealen und derselben Politik, die im Jahre 1945 die Gründung der UNO zustande brachten. Sowohl der Marshallplan, dessen Verwirklichung von der UNO unabhängig ist, als auch der Pakt, der im Einklang steht mit den von den Vereinigten Nationen vorgesehenen Bestimmungen, sind Versuche, das zu erreichen, was bisher über die UNO unmöglich erreicht werden konnte.

Es gibt in Amerika eine kleine, aber hervorragende Gruppe von Leuten, die den Versuch befürworten, sofort auf dem Weg zu einer Weltregierung vorwärtszuschreiten, oder wenigstens irgendeinen Plan zur Schaffung eines Bundes der demokratischen Völker aufzustellen. Ein Teil von denen, die diese Ansichten vertreten, kritisieren die amerikanische Politik, weil sie glauben, man hätte weiter versuchen sollen, durch den Sicherheitsrat und die Generalversammlung der UNO zum Ziele zu kommen. Diese Leute glauben, man sollte jetzt noch eine letzte, große, von Idealismus getragene Anstrengung machen, die UNO zu einer stärkeren Macht für den Weltfrieden auszubauen. Sie möchten sogar jetzt noch einmal versuchen, die Sowjetunion davon zu überzeugen, daß die Völker der westlichen Welt den ernstesten Wunsch nach einem gerechten und dauerhaften Frieden hegen. Da der Atlantikpakt den Zorn des Kremls erregt hat, sind sie der Ansicht, daß sein Zustandekommen die Aussichten noch weiter verringert habe, die Ziele der UNO je zu erreichen. Offensichtlich sind die amerikanischen Staatsmänner anderer Meinung. Ihre Erfahrungen mit den Sowjetführern während der letzten vier Jahre sind nicht dazu angetan, sie von dieser Auffassung zu überzeugen.

Das soll aber nicht heißen, daß der Atlantikpakt ein Schlag gegen die Vereinigten Nationen sei. Nichts steht der weiteren Entwicklung der UNO-Ideale im Weg; nichts, außer die Widerspenstigkeit der Russen. Konkrete Beweise dafür, daß Rußland wirklich eine Einigung der Welt wünscht auf Grund von Vereinbarungen, die im Einklang stehen mit den Zielen, für die im letzten Krieg angeblich gekämpft wurde, würden in ziemlich rascher Folge die Bedeutung des Atlantikpaktes verringern, und den Grund legen für eine geregelte Entwicklung zu einer gesunden und friedlichen Welt, wie sie in der Charta der Vereinigten Nationen beschrieben ist. Bis solche Beweise vorliegen ist es jedoch die Pflicht aller jener, die noch an die Ziele glauben, die in der Charta verankert sind, sich zu schützen. Das aber ist der Zweck des Atlantikpaktes.

Es wird gegenwärtig ein Programm für

Waffenlieferungen nach Europa

erwogen. Für Viele bedeutet das eine Folge des Atlantikpaktes, die nicht zu umgehen ist. Ein solches Programm wird ziemlich bald dem Kongreß vorgelegt werden, obwohl es vielleicht erst Ende dieses Jahres oder Anfang 1950 behandelt wird. Es wird über diesen Punkt mehr Debatten geben als über den Pakt selbst, und unsere überseeischen Freunde werden vielleicht den Fehler begehen, zu glauben, daß unser Zögern mit bezug auf das Waffenlieferungsprogramm eine gewisse Unaufrichtigkeit im Pakt aufdecke. Das wäre eine ganz irrtümliche Auslegung. Die Frage der Waffenlieferungen nach Europa wirft Probleme auf, die sowohl in die nationale Wirtschaft der Vereinigten Staaten eingreifen, als auch in jene der Staaten, denen

geholfen werden soll. Dazu kommt noch, daß man die Sowjetunion nicht unnötig provozieren will. Ferner erheben sich gelegentlich Zweifel über den wahren militärischen Wert eines solchen Programms. Es gibt Leute, die der Ansicht sind, daß das Programm fast einer aggressiven Handlung gleichkomme und die grundsätzlich friedlichen Ziele des Paktes selbst unterminierte. Alle diese Fragen werden eingehend erörtert werden. Gegenwärtig jedoch überwiegen die Stimmen zugunsten eines solchen Waffenlieferungsprogrammes, das im Laufe des kommenden Jahres zur Ausführung gelangen soll.

Während diese Zeilen geschrieben werden, scheint

die Pariser Konferenz

im Begriffe zu sein, doch noch gewisse Fortschritte zu zeitigen nach den bisher entmutigenden Verhandlungen. Wenn sich das als richtig erweist, darf man den Erfolg wohl dem Atlantikpakt und dem Entwurf eines Waffenlieferungsprogramms zuschreiben. Wenn aus den Pariser Beratungen neue Hoffnung auf eine friedliche Beilegung der Konflikte geschöpft werden kann, wird im amerikanischen Volk weit und breit ein erleichtertes Aufatmen zu hören sein, genau wie damals als die Berliner Blockade aufgehoben wurde.

Man soll nie vergessen, daß das amerikanische Volk, wie jedes andere, sehnlich den Frieden wünscht. Um den Frieden zu erreichen, wird ihm jedes Programm recht sein, das verspricht, die Bemühungen zu fördern, die zu diesem Ziele führen. Aus diesem Grunde haben die Amerikaner alle die vielen Programme unterstützt, die erwähnt worden sind, und unterstützen jetzt auch den Atlantikpakt. Nach der Ansicht Ihres Korrespondenten handelt es sich nicht um ein Abwenden vom Ideal der Vereinigten Nationen, wie man es sich ursprünglich vorstellte, sondern viel eher um den Wunsch, irgendeine Triebkraft zu finden, die uns, wenn auch nur ein kurzes Stück Weges, auf der seit vier Jahren angelegten Straße vorwärts bringen könnte.

Richard J. Davis

Bericht aus Deutschland

Anläßlich der Tagung der Sekretäre für den kirchlichen Wiederaufbau, die das «*Departement of Reconstruction*» des *Ökumenischen Rates der Kirchen* in diesem Jahr nach *Bex* zusammengerufen hatte, wurde von dem Vertreter des Hilfswerks der evangelischen Kirchen in Deutschland folgender Bericht vorgelegt, der ein Bild der *sozialen Lage* in Deutschland gibt. *Die Schriftleitung*

Die *Währungsreform* im Juni 1948 bildete einen tiefen Einschnitt ebenso für die ganze Bevölkerung wie für die kirchliche Hilfsarbeit, deren finanzieller Rückhalt ihr ebenfalls zum Opfer gefallen war. Die weitverbreitete Meinung, daß mit dem Einsetzen des Marshallplanes automatisch ein rasches Absinken der Not einsetzen würde, hatte einen empfindlichen Rückgang der ausländischen Liebesgaben zur Folge. Die Spendeneingänge betrugen zu Beginn des Jahres 1948 im Quartal noch 5500 to, am Schluß des Jahres nur noch 2316 to. Das Problem liegt darin, daß eine wirtschaftlich richtige und notwendige Maßnahme nicht zugleich von den entsprechenden sozialen Maßnahmen begleitet worden war; diese wurden zwar angekündigt, sind aber bis zum heutigen Tage nicht erfolgt. So mußte sich bald zeigen,

daß die allgemeine Not zwar ihr Antlitz gewandelt hatte, ohne aber darum wesentlich geringer geworden zu sein. Den Alten und Arbeitsunfähigen waren alle Mittel genommen, während zugleich die kirchlichen Hilfsgelder auf 6 % annulliert waren. Eine Steigerung des Preisniveaus, mit der die Renten nicht Schritt hielten, trat hinzu. Das *caritative Problem* von heute liegt darin, daß z. B. die Unterstützung einer Mutter mit fünf Kindern, deren Mann sich in russischer Gefangenschaft befindet, 126 DM beträgt, während der Einkauf der rationierten Lebensmittel (mit einem Wert von 1850 Kalorien täglich) 191 DM erfordern würde. Es fehlen der Mutter also außer den Kosten für Wohnung und Kleidung jeden Monat 65 DM, um ihre Kinder zu ernähren. Daher kommt es, daß z. B. in der Stadt Oldenburg noch immer 11,5 % aller Kinder kein Hemd und 16,7 % keine Strümpfe haben und daß in der britischen Zone im Verlauf des Jahres 1948 94 200 Neuerkrankungen an Tuberkulose registriert worden sind. Das alles hat einen starken Stoß für die kirchliche Hilfsarbeit gebildet, und es ist vor allem der ökumenischen Hilfe zu danken, daß sie nicht zuletzt auch selbst der Krise zum Opfer gefallen ist.

Die tiefe und weder für Menschen noch für Waren übersteigbare

Kluft zwischen Westen und Osten

drückt dem Leben ihren dunklen Stempel auf. Auch im *Osten* hatte eine Währungsreform stattgefunden, doch hat sie den Geldwert nicht gehoben, die existenziellen Nöte nicht beseitigt, lediglich die privaten Bankkonten dezimiert und eine neue Verteilung des Geldes unter politischen Gesichtspunkten mit sich gebracht. Die Bemühungen, der unausgesetzt wachsenden Not durch Liebesgabensendungen zu begegnen, stießen auf die wachsenden Schwierigkeiten des Transportes. Dabei würde einer bleibenden Verbindung der beiden Hälften insofern ganz besondere Bedeutung zufallen, als die allgemeinen Verhältnisse nicht nur für das Leben des Einzelnen, sondern auch für das der Kirche von einschneidender Bedeutung sind. Der kirchlichen Presse z. B. wurde, obwohl sie in einem freilich minimalen Umfang auch weiter lizenziert blieb, die letzte noch verbliebene Papierzuteilung aus dem allgemeinen Kontingent gestrichen. Seit dem 1. Februar 1949 sind, nachdem in einzelnen Ländern ähnliche Maßnahmen schon seit Oktober 1948 vorangegangen waren, die Sozialrenten für alle Rentner des kirchlichen Dienstes ausgesetzt wurden. Damit haben 1127 pensionierte Pfarrer, 2915 Witwen und 1276 Waisen und Halbwaisen den letzten kärglichen Rest ihrer Selbsterhaltung verloren. Viele Landeskirchen haben darauf empfindliche Kürzungen, meist bis zu 20 %, an den ohnehin schon viel zu niederen Pfarrgehältern vorgenommen. Das Hilfswerk hat nach seinem alten Grundsatz, die Auslandshilfe erst nach Ausschöpfung aller eigenen Möglichkeiten eintreten zu lassen, zunächst die Kirchen der Westzonen zur Mithilfe aufgerufen, mußte aber gleichzeitig, weil hier Menschen am nackten Verhungern waren, auch um ökumenische Hilfe bitten. Wenn jeder emeritierte Pfarrer auch nur 60, jede Witwe 40, jedes Waisenkind 30 und jede Halbwaise 20 DM erhalten sollten, so wäre für dieses ohnehin minimale Versorgen ein Monatsaufkommen von 60 000 Westmark notwendig.

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, die als konstituierende Versammlung zu Jahresanfang in Bethel zusammengetreten war, hat in einem besonderen Beschluß ein *Gesetz* über die vorläufige Ordnung des Hilfswerks angenommen und damit das seitherige Provisorium auf eine tragfähige Rechtsgrundlage gestellt. Von nun an steht es nicht mehr im persönlichen Belieben des Pfarrers, sich im Diakonat der Kirche zu betätigen oder nicht. Allerdings handelt es sich dabei um einen Pflichtenkreis, dem der Prediger, Seelsorger und Unterweiser der Jugend neben seinen geistlichen Pflichten kaum noch gewachsen ist. Deshalb bedeutet die diakonische Verpflichtung, zu der die Kirche sich feierlich bekannt hat, gleichzeitig

die stärkste Aufforderung zur Aktivierung ihrer sogenannten Laien und auch die Möglichkeit oder sogar Notwendigkeit, Männer, die das theologische Studium nicht absolviert haben, in den Dienst der Kirche zu stellen. Heute stehen 90 000 Mitarbeiter im Dienst des Hilfswerks. Unter ihnen befinden sich 1500 hauptamtliche Flüchtlingspfleger, ferner Lagerverwalter, Siedlungsleiter und allein in der Ostzone 4000 «Katecheten», das sind kirchliche Lehrer, die den Religionsunterricht, nachdem er in den öffentlichen Schulen gestrichen worden ist, im Dienste der Kirche außerhalb der Schulen erteilen.

In die Mitte der Arbeit — und wohl auch in die Reihe der europäischen Probleme überhaupt — trat immer deutlicher die Frage der

11,07 Millionen Ausgewiesener und Flüchtlinge,

die sich bis zum Jahresanfang um eine volle Million, diesmal aus der Ostzone, vermehrt hatten. Nimmt man die zwei Millionen der Evakuierten und noch nicht in die Städte Zurückgekehrten hinzu, so ist jeder fünfte Einwohner Deutschlands heute heimatlos. Es liegt nicht allein daran, daß zu Jahresanfang noch immer 260 000 Flüchtlinge in 1000 Massenlagern untergebracht waren, auch nicht nur an dem Rückgang der Sachspenden, sondern vor allem daran, daß mit dem allmählichen Erwachen der Flüchtlinge aus ihrer ersten Erstarrung an die Kirche eine seelsorgerliche und soziale Aufgabe größten Ausmaßes herantritt. Je deutlicher den Flüchtlingen die Unmöglichkeit baldiger Rückkehr ins Bewußtsein tritt, um so drohender werden Fanatismus und Verbitterung. Daß sie bisher keine organisierten Formen angenommen haben, liegt ausschließlich an den persönlichen Erfahrungen mit dem praktischen Kommunismus, die die Flüchtlinge bei ihrer Vertreibung im Osten zu machen hatten. Das Hilfswerk hatte von Anfang an mit ihrer Degradierung zu bloßen Objekten ein Ende machen und ihnen als vollberechtigten Gliedern der Christenheit die Würde des voll verantwortlichen Subjektes zurückgeben wollen. Es waren, den verschiedenen Herkunftsbereichen entsprechend, 18 Hilfskomitees mit deutscher und vier mit nichtdeutscher Sprachzugehörigkeit gebildet worden, denen die Aufgabe der Sammlung, Stärkung und Lenkung ihrer Glieder gestellt war. Freilich mußten sich dabei Probleme zeigen, denen kein einzelnes Komitee für sich gewachsen sein konnte. Die Tagung der Flüchtlingsabteilung des Ökumenischen Rates, die dieser im Februar nach Hamburg einberufen hatte, hat mit Erfolg versucht, Wege der Lösung zu finden und zu fördern und nicht nur mit Resolutionen an die öffentlichen Mächte heranzutreten, sondern dabei auch konkrete Vorschläge und Hilfsmaßnahmen, zum Beispiel solche über die soziale Verwertung von Mitteln aus dem Marshallplan, über die Gründung von Industrie-Siedlungen, über die Berufsausbildung, die landwirtschaftliche Siedlung und die Auswanderung vorgelegt. Die erste große *gewerbliche Siedlung* des Hilfswerks wird in der früheren Munitionsanstalt Espelkamp in Westfalen vorbereitet. Sie wird 10 000 Menschen Arbeit und Wohnung geben. Bis zum Herbst werden 30 verschiedene Werkbetriebe mit zusammen 500, später mit 1000 Arbeitskräften begonnen haben. Für den Aufbau und die Organisation wurde die Rechtsform einer Stiftung vorgesehen, in deren Aufsichtsrat auch ausländische Kirchen vertreten sind. Heime und Anstalten der bewahrenden Fürsorge, die gleichzeitig errichtet werden, sollen durch die Erträge aus den Betrieben mitgetragen werden. Das alles ist nicht nur eine Präventivmaßnahme großen Stils, nicht nur ein energischer Schritt über die bisherige konservierende Anstaltsfürsorge der Kirche hinaus, sondern zugleich eine handgreifliche These im Widerstreit zwischen den beiden Wirtschaftssystemen des Westens und des Ostens. Freilich wird etwa ein Zehntel der Flüchtlinge, namentlich die aus dem Südosten Europas vertriebenen, beim besten Willen nicht innerhalb des Landes sesshaft gemacht werden können. Den Aufbau einer sinnvollen und menschlichen Auswanderung hat sich besonders der Weltbund der lutherischen Kirchen angelegen sein lassen. Den Flücht-

lingsmassen in ihrer Gesamtheit aber gilt die seit Jahresanfang erscheinende Zeitung «Dein Weg». Ihr war die Aufgabe gestellt, sich nicht nur auf das Wort des Trostes und der Andacht zu beschränken, sondern den Vertriebenen einen Weg zu zeigen, den Christenmenschen in dieser Lage tatsächlich beschreiten können.

Unter dem Gesichtspunkt der Flüchtlingsseelsorge muß auch die Aufmerksamkeit verstanden werden, die unter den Arbeitszweigen des kirchlichen Wiederaufbaus besonders dem Programm zur Errichtung von *Gemeindezentren* in der neu vergrößerten Diaspora zugewendet worden ist. Bekanntlich ist durch den Einstrom der Flüchtlinge die konfessionelle Landkarte Deutschlands völlig verändert worden; in manchen Gegenden haben sich die bisher verschwindend geringen konfessionellen Minoritäten um das Zehnfache vergrößert. Der Kirchenbaumeister Professor Otto Bartning, dessen Entwurf eines Notkirchenbaues aus Trümmermaterial in den zerstörten Städten inzwischen zur vollen Entfaltung gelangt ist, hat den Plan eines Gemeindezentrums fertiggestellt, das neben einem Kirchensaal mit 210 Sitzplätzen eine, wenn auch kleine Pfarrerwohnung und ein Schwesternzimmer umfaßt. Der präfabrizierte Bau wird in wenigen Tagen zu errichten sein. Der tatsächliche Bedarf muß nach den vorliegenden Bitten auf mindestens 200 solcher Bauten geschätzt werden. Um so dankenswerter, daß einige ausländische Kirchen bisher schon 10 Zentren gestiftet haben. Unter ihnen ist das Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz mit einem Bau beteiligt.

Ökumenische Hilfe war es auch, die im Augenblick der größten Krise des akademischen Lebens den Aufbau einer geordneten Stipendienfürsorge ermöglicht hat. Im Sommersemester 1948 wurden an 622 Studenten Stipendien im Gesamtwert von 213 000 DM ausbezahlt. 59 Studenten befinden sich als Gäste einzelner Kirchen im Ausland. Unzählige Studenten wissen nicht mehr, wie sie das Semester beenden sollen, und versuchen, als Zeitungsausträger oder Nachtwächter Geld zu verdienen. Es galt eine sorgfältige Auslese, um, da schon nicht *allen* geholfen werden konnte, wenigstens die besten ihrem Studium und Beruf zu erhalten. Die Auswahl ist immer schmerzlich, und doch gibt es kein Gebiet, auf dem sie nicht nach strengen Grundsätzen zu walten hätte. Zu rasch — und das ist die ständige Gefährdung aller kirchlichen Hilfsarbeit — ließe sich sonst im Angesicht einer entfesselten Sturmflut der Not der Blick auf die schmalen Wegmarken und Signale der richtigen Fahrstraße verlieren.

Herbert Krimm

Militärische Umschau

Die Wiederholungskurse in Theorie und Praxis

Das Milizsystem setzt unsere Armee in die glückliche Lage, alljährlich einen großen Teil der Einheiten und Truppenkörper zu kurzen Übungen einzuberufen. Wenn jeweils auch nicht alle Wehrmänner einer Einheit daran teilnehmen, so verfügt diese doch über einen Kern von Leuten, die auf Grund der letzten Dienste mit der Einheit und deren Aufgaben vertraut ist. Bei einer Kriegsmobilmachung bildet diese Mannschaft mit dem Kader das feste Gerippe, das in kurzer Zeit die älteren, weniger dienstgewohnten Jahrgänge assimiliert.

Im Jahre 1949 bewegen sich die Ausbildungskurse im Truppenverband ungefähr im gleichen Rahmen wie im Vorjahr. Im Vordergrund stehen die eigentlichen *Wiederholungskurse* des Auszuges und der aus Auszug und anderen Heeresklassen gemischten Truppen. Nachdem im Jahre 1948 die eine Hälfte der In-

fanteriebat. der Landwehr und der Grenztruppen Dienst geleistet, wird dieses Jahr die andere Hälfte zum Landwehr-WK oder Grenzkurs einberufen. Erstmals seit dem Aktivdienst werden wieder Spezialtruppen zum Landwehr-WK einberufen, nämlich acht Einheiten der Sanität. Bei den Territorialbat. der Infanterie und den Territorialeinheiten der Leichten Truppen leistet dieses Jahr der zweite Drittel seinen Ergänzungskurs, bei den Einheiten der Festungsartillerie die zweite Hälfte. Neu sind Ergänzungskurse für die älteren Jahrgänge der Funkerkp. 41—44, sowie für die neu organisierten Verbände der Veterinärtruppe.

Die Neuordnung der *Leichten Truppen* auf 1. April dieses Jahres bedingt, daß die drei Motor-Dräger-Regimenter, sowie die Stabskp. der Radfahrer- und Motorradfahrerbat. der Leichten Brigade 2 ihren WK als Umschulungskurs durchführen. Die Leichten Brigaden 1 und 3 haben den analogen Kurs im Spätherbst 1948 bestanden. Für die Umschulung der neuen Panzerjägerabt. hat die Bundesversammlung zusätzlich zum WK drei Wochen bewilligt. In die Umschulungskurse der neu aufgestellten Flab-Abt. für die Leichten Brigaden werden auch die dieses Jahr nicht WK pflichtigen Kader und Mannschaften einberufen.

Die Flabschießkurse der Infanterie dienen dieses Jahr z. T. der Aufstellung motorisierter *Flabkp.* für zwölf Infanterieregimenter, so daß bis Ende des Jahres in jeder Div. und Gebirgsbrigade vorerst ein Regiment über eine motorisierte Flabkp. verfügt, während im übrigen die Inf.-Flab noch zugswise den Mitrailleurkp. der Bat. angegliedert ist.

Für die nach Aufhebung des Aktivdienstes neu als Besatzung von *Infanteriewerken* eingeteilten Dienstpflichtigen der Territorial- und Grenzbat. werden besondere Einführungskurse von 13 Tagen unter Leitung des Festungswachkorps durchgeführt; sechs Tage werden auf die gesetzliche Dienstpflicht angerechnet, sieben sind zusätzlich zu leisten. Ebenso werden Angehörige der Infanterie, der Genietruppen und der Sanität in einem zusätzlichen Kurs von 20 Tagen Dauer zu *Motorfahrern* umgeschult. Die Ergänzungskurse der Ter.-Radfahrerkp. sind von sechs auf acht Tage verlängert worden, um den aktiven Einsatz einzelner Kp. als *Straßenpolizei* im Manöver zu ermöglichen. Zu den Übungen der *Zerstörungstruppen* wird dieses Jahr ein Drittel der Verbände mit sämtlichen Angehörigen aller Jahrgänge einberufen. Damit beginnt auch für diese Truppe ein Dreijahresturnus, wie er bereits für die Territorialtruppen im Gange ist. Die Flab-Züge sind vom Ergänzungskurs der Territorialbat. dispensiert, weil auch für sie vom nächsten Jahr an Schießkurse mit scharfer Munition gegen Schlepptziele vorgesehen sind.

Erstmals seit dem Aktivdienst werden auch wieder Angehörige der *Hilfsdienste* und des *Frauenhilfsdienstes* aufgeboten. Die von der Bundesversammlung angeordneten Kurse haben teils den Charakter von Einführungskursen, zur Vermittlung der notwendigen Fachausbildung, den Rekrutenschulen vergleichbar, teils den Charakter von WK, zur Wiederauffrischung der dienstlichen Fähigkeiten und Kenntnisse der Angehörigen bestimmter Formationen oder wenigstens ihrer Obmänner. Zu eigentlichen Truppenkursen in der Dauer von sechs Tagen werden die Stäbe und Einheiten des Flieger-Beobachtungs- und Meldedienstes und die Rotkreuzkolonnen einberufen. Der Botschaft des Bundesrates vom 12. November 1948 entnimmt man die Absicht, die Ausbildung der Hilfsdienste durch einen allgemeinen Beschluß der Bundesversammlung demnächst auf lange Sicht zu regeln. Einen entsprechenden allgemeinen Beschluß hat die Bundesversammlung am 21. Dezember 1948 für die Angehörigen des FHD erlassen. Er zieht für diese einen bestimmten Rahmen, mit maximalen Dienstofftagen für Einführungs-, Kader- und Wiederholungskurse. Innerhalb dieses Rahmens hat der Bundesrat am 19. Januar 1949 die einzelnen Ausbildungskurse und das EMD am 16. Februar 1949 die notwendigen Ausführungsbestimmungen festgelegt. Auf Grund dieser Anordnungen können die in Stäben und Einheiten der Armee eingeteilten FHD bereits dieses Jahr zu zehntägigen WK einberufen werden. In ähnlicher Weise sollte auch die Ausbildung der HD durch

Beschluß der Bundesversammlung auf lange Sicht geregelt werden, damit der Bundesrat nicht jedes Jahr dem Parlament einen ganzen Katalog kleiner und kleinster HD-Kurse zur Beschlußfassung unterbreiten muß.

* * *

Rund zwei Drittel der WK werden wieder im Rahmen des *verstärkten Infanterieregimentes* durchgeführt, mit Manöverübungen von zwei Rgt. auf Gegenseitigkeit, unter Leitung der Heereseinheitskommandanten. Die Hälfte dieser Truppen, somit ein Drittel aller Rgt., führt außerdem *kombinierte Schießen* mit Artillerie durch, die eine kriegsnahe Ausbildung ermöglichen.

Ein letzter Drittel der Truppen leistet den WK im Rahmen der Heeresinheit, mit Manöverübungen gegen einen beweglichen Gegner, unter Leitung der Armeekorpskommandanten. Solche *Heereseinheitsmanöver* finden erstmals seit dem Aktiviendienst im Oktober und November statt für die 6. Division, die Gebirgsdivisionen 3 und 8, und die Gebirgsbrigade 11 (ohne Landwehr-Rgt. 10). Als Manövergegner werden den drei Divisionen die drei Leichten Brigaden gegenübergestellt, die einerseits infolge der erwähnten Umschulungskurse geschwächt sind, andererseits durch motorisierte Infanterie der Stammtruppen und Spezialtruppen der A.K. verstärkt werden. Der Gebirgsbrigade 11 werden als Gegner die Auszugstruppen der Festung Sargans gegenübergestellt. Die Fliegertruppe stellt den A.K. je ein Fliegerregiment zur Verfügung, die Sanitätstruppe je eine chirurgische Ambulanz und eine Lazarett-Ambulanz zur Verstärkung der Sanitätsabteilung, die Leichten Truppen je eine Ter.-Radfahrerkp. für den Straßenpolizeidienst. Es ist unverständlich, daß die Übungsgruppen für den kombinierten Schießkurs am Julierpaß größtenteils der 6. Division entnommen werden, so daß sie an den Manövern ihrer Division nicht teilnehmen können.

Bei Fortsetzung des nun beginnenden Manöverturnus wird bis Ende 1951 jede Div. und Gebirgsbrigade einmal Manöver durchführen, in denen sie als geschlossene Heeresinheit eingesetzt ist und ihr Kommandant seine Heeresinheit als Ganzes gegen einen beweglichen Manövergegner führt, während unsere Heereseinheitskommandanten sonst nur als Übungsleiter und Inspektoren der unterstellten Truppen amten. Gegenüber der gelegentlichen Kritik an der Durchführung von Divisionsmanövern muß betont werden, daß diese seltene Gelegenheit, ihre Truppe als Ganzes zu führen, für unsere Heereseinheitskommandanten unerläßlich ist. Die jährlichen operativen Übungen ohne Truppen bilden keinen Ersatz. Auch die Kommandanten der Heereseinheiten sind in erster Linie als Führer ihrer Truppe im Kriege vorgesehen. Es wäre unverantwortlich, ihnen die Übungsgelegenheit zu entziehen. Die Aufgaben der Ausbildung und Verwaltung der unterstellten Truppen dienen nur dazu, das Schwert zu schmieden, das sie im Kriege führen müßten. Für die Heereseinheitsmanöver gelten somit grundsätzlich die Ausführungen im «St. Galler Tagblatt» vom 9. April über eine Felddienstübung des verstärkten Inf.-Rgt. 34:

«Die eben durchgeführten Manöver haben sehr deutlich gezeigt, daß die höheren Führer, vom Bataillonskommandanten aufwärts und ihre technischen Gehilfen in den Stäben sich nur in größeren Übungen, bei denen die Truppe mitwirkt, die nötige Gewandtheit und Führungserfahrung erwerben können. Denn nur in solchen Übungen kommen die vielen praktischen Schwierigkeiten, die sich der erfolgreichen Durchführung einer militärischen Aufgabe entgegenstellen, zum Vorschein, kann der Einfluß des Wetters, des Geländes, des Kräfteverbrauches, der Verpflegung und der Unterkunft und schließlich der Einfluß der Unterführer auf die Leistungsfähigkeit der Truppe richtig in die taktischen Über-

legungen eingesetzt werden, und nur in der Zusammenarbeit mit Unterführern und Truppe kann es sich schließlich erweisen, ob der Kommandant ein wirklicher Chef seines Verbandes ist».

* * *

Die Weisungen des EMD bestimmen, daß etwa die Hälfte der Zeit für die Ausbildung der Einheit zu verwenden sei. Die übrige Zeit dient der Gefechtsausbildung und der Führerschulung in Übungen auf Gegenseitigkeit. Truppenführer verschiedener Grade, die sich dem Verfasser gegenüber über ihre WK-Erfahrungen geäußert, anerkennen die Zweckmäßigkeit dieser Zeiteinteilung, weisen aber zugleich darauf hin, daß diese Bestimmung in der Praxis öfters mißachtet wird und die dem Einheitskdt. zur Ausbildung seiner Einheit zur Verfügung stehende Zeit praktisch gelegentlich auf wenige Tage zusammenschrumpft, weil die Einheiten neben Mobilmachung und Waffenkontrolle schon in den beiden ersten WK-Wochen zu stark durch Inspektionen, Demonstrationen und Übungen unter der Leitung höherer Kommandanten beansprucht werden. Der Einheitskdt. muß schon vor dem WK genau wissen, wann und wie lange höhere Kommandanten über seine Einheit verfügen, und wie viel Arbeitszeit ihm selbst für die Durchführung seines Programmes verbleibt. Bisweilen werden Übungen unter Leitung der Bat.- und Rgt.Kdt. zu groß angelegt und ergeben dann, trotz erheblichem Zeitaufwand, nur ein bescheidenes Resultat. Dabei kann das gleiche oder gar ein besseres Ergebnis durch kurze Übungen von einigen Stunden bis zu einem halben Tag erreicht werden, z. B. von Mitternacht bis Mittag oder am Nachmittag und Abend. Derartige Übungen lassen auch dem Einheitskdt. noch zwei bis drei Arbeitsstunden für die Ausbildung seiner Einheit. Mit solchen kurzen Übungen kann ein Bataillonskdt. in den ersten zwei Wochen jede Einheit drei- bis viermal «drannehmen», ohne die Zeit für die Ausbildung innerhalb der Einheit zu sehr zu beschneiden. Übungen im Verband des Rgt., der Brigade oder der Div. sollten in den ersten beiden Wochen grundsätzlich unterbleiben. Vorteilhafte Zeitausnutzung ist die Folge rechtzeitiger gründlicher Vorbereitung und zweckmäßiger Organisation, die keine Improvisationen erlaubt. Die in den Weisungen für die Ausbildung im WK (WA 49) im I. Teil Z. 6 enthaltenen Vorschriften für die Zeiteinteilung werden in der Praxis sehr anerkannt. Bei wohl überdachter Zeitausnutzung wird in drei Wochen WK, auch bei gründlicher Ausbildung, viel erreicht. Werden schon Mobilmachung und Marsch in die WK-Unterkunft zur Erschaffung der Disziplin in der Einheit ausgenützt, ist schon am zweiten Tag des WK der notwendige innere Zusammenhalt und Guß in der Einheit wieder vorhanden und damit die Grundlage für erfolversprechende Ausbildung geschaffen.

Die *Ziele der Ausbildung* im WK und der Ausbildungsstoff sind in Weisungen des EMD festgelegt. Das Programm gilt für mehrere Jahre und ist stufenweise durchzuführen. Daher müssen die Kommandanten der Heereseinheiten oder Truppenkörper bestimmen, auf welchen Gebieten in jedem WK das *Schwergewicht* ruhen soll. Dies braucht durchaus nicht einheitlich festgesetzt zu werden, sondern kann den verschiedenartigen Ausbildungsstand der Einheiten oder besondere Verhältnisse angemessen berücksichtigen. Der Einheitskdt. erhält so von oben ein *Ausbildungsziel* befohlen, das er im betreffenden WK erreichen muß. Ohne Festlegung des Schwergewichtes besteht die Gefahr, daß die erwähnten Weisungen des EMD einen innerlich nicht ganz sicheren Vorgesetzten zu betriebsamem Vielerlei verleiten, statt zu bewußter Konzentration auf das in der beschränkten Zeit Erreichbare und Mögliche. Auch im WK muß man sich davor hüten, zu viel auf einmal erreichen zu wollen. Die Grundidee muß sein, das Wenige gründlich zu betreiben.

Anläßlich der Berichterstattung über eine WK-Gruppe der 7. Div. wurde in der «N.Z.Z.», Nr. 1006, die Frage aufgeworfen,

«ob sich für einen künftigen WK nicht eine Umstellung des Programmes in dem Sinne günstig auswirken würde, daß in der zweiten Woche die *Felddienstübungen* und erst in der letzten Woche das Scharfschießen durchgeführt würde. Bekanntlich schließen alle Felddienstübungen, die mit blinder Munition durchgeführt werden müssen, die Gefahr in sich, daß die Truppe sich weniger gefechtsmäßig, weniger aufmerksam verhält, als man bei der Durchführung kriegsnaher Manöver erwarten dürfte. Berücksichtigt man noch den Mangel an Schiedsrichtern und die beginnende Entlassungsstimmung, so kommt man zum Schluß, daß im Sinne einer rationellen Durchführung des WK-Programmes die Felddienstübungen wohl eher in der Halbzeit, nach der Einzelgefechtsausbildung und vor dem Scharfschießen, durchgeführt werden sollten».

Ein Artilleriekd. äußert zu diesem Vorschlag ernsthafte Bedenken:

«Wenn die Manöver in der zweiten Woche abgehalten werden, würde der Einheitskommandant in der ersten Woche zwangsläufig einen weiteren Tag für die Ausbildung seiner Einheit verlieren, weil der Abteilungskdt. vor Beginn der Felddienstübungen zweifellos mindestens eine Verbindungsübung und einen Stellungsbezug mit der ganzen Abteilung durchführen will. Zieht man noch Mobilmachung, Unterkunftsbezug und Einrichtung der Kantonnements, Einzelprüfung und Retablierung in Betracht, so würde praktisch dem Einheitskommandanten in der ersten Woche nur noch ein einziger Arbeitstag für die Detailausbildung seiner Einheit verbleiben. Die Scharfschießen sind auch im Frieden mit erheblichen Gefahren verbunden, besonders kombinierte Schießen. Es ist daher von Bedeutung, daß die Disziplin der schießenden Truppe gefestigt ist, wogegen das Absinken der Disziplin während der Felddienstübungen keine guten Voraussetzungen für Scharfschießübungen bildet und geeignet ist, die Fehlerquellen und Gefahrenmomente zu vergrößern. Schließlich bedeuten Felddienstübungen am Schlusse des WK einen wichtigen Maßstab für den Erziehungsstand der Truppe. Kommt die Truppe in guter Haltung aus den Manövern auf den Korps sammelplatz zurück, so darf der Einheitskommandant mit seiner Arbeit zufrieden sein. Ist dies nicht der Fall, so weiß er genau, daß dies sein Fehler ist».

Die Weisungen des EMD für die Felddienstübungen weisen darauf hin, daß es in Friedensübungen selten möglich ist, nach einem ersten Zusammenstoß die Führung laufend zu wirklich grundlegenden neuen Entschlüssen zu bringen. Soll eine Übung längere Zeit dauern, sind daher Unterbrüche nötig, nach deren Ablauf auf Grund einer neuen Ausgangslage gearbeitet wird. Diese wird sich zweckmäßigerweise im Rahmen einer allgemeinen, für die Manöver ausgegebenen Lage halten. Aus der 5. Division wird uns berichtet, daß mit dieser Unterteilung der Manöver in mehrere Einzelübungen auf Grund einer gemeinsamen Anlage gute Erfahrungen gesammelt wurden. Verschiebungen und Bereitstellungen wurden meist bei Nacht durchgeführt und die Übung schon im Laufe des Vormittags unterbrochen. Die Kompagnien marschierten in die neue Ausgangslage, retablierten, ruhten und besprachen den bisherigen Verlauf. So konnten Interesse und Aufnahmefähigkeit der Truppe stets wach gehalten werden.

* * *

Das beste Mittel zur Stärkung der inneren Festigkeit der Armee ist eine bessere Ausbildung der Kader und damit zusammenhängend eine Hebung ihrer Autorität. Der bisherige *Kadervorkurs* von einem Tag für die Unteroffiziere und zwei Tagen für die Offiziere wird allgemein als ungenügend empfunden. Das Bundesgesetz vom 1. April 1949 bringt bereits für das Jahr 1950 eine Verlängerung des Kadervorkurses auf zwei Tage für die Unteroffiziere und drei Tage für die Offiziere. Man wird wohl erst in einigen Jahren die große Bedeutung dieser scheinbar kleinen

Gesetzesänderung ganz würdigen können. Bemerkenswert ist die Art und Weise, wie in einer Division der Kadervorkurs praktisch um einen vollen halben Tag, bis zum Mittag des Mobilmachungstages, verlängert wird. Während der Kompagniekdt. mit Feldweibel und Fourier die Mobilmachung durchführt, arbeiten die Subalternoffiziere noch mit den Unteroffizieren bis zur Mittagsverpflegung. Der ausgezeichnete Gedanke verdient um so mehr auch in anderen Heeresseinheiten verwirklicht zu werden, als ja ohnehin bei der Mobilmachung die meisten Subalternoffiziere und Unteroffiziere überflüssig herumstehen oder nur kurze Zeit für Eintrittsinspektionen verwendet werden.

In den Kadervorkursen könnte noch ein besseres Ergebnis erzielt werden, wenn entweder Hilfspersonal für Fassung, Verschiebung und Bereitstellung des Materials zur Verfügung stehen oder das Material auf den Arbeitsplätzen durch Zeughausarbeiter bereitgestellt würde. Desgleichen sollten genügend Motorfahrzeuge zur Stelle sein, um geeignetes Gelände für taktische Übungen ohne zeitraubende Märsche aufsuchen zu können. Die mit solchen Verbesserungen verbundenen Mehrkosten sind gerechtfertigt, indem die besser und gründlicher für den WK vorbereiteten Offiziere und Unteroffiziere bei der Ausbildung der Mannschaft die Zeit besser ausnützen können, so daß letzten Endes im WK ein größerer Nutzeffekt erzielt wird.

* * *

Als Folge der *Spezialisierung* in der Ausbildung der Infanterierekruten stellt ein Bataillonskdt. «bei den jüngeren Soldaten eine erfreuliche Sicherheit in der Handhabung der persönlichen Waffe, wie der Kollektivwaffe fest, so daß im WK die Zeit für die Detailausbildung auf ein Minimum verkürzt und am dritten Tag schon abgeschlossen werden kann, abgesehen von einzelnen Schießübungen, die aus technischen Gründen zeitlich gestaffelt werden müssen». Auf die Kehrseite der Spezialisierung wird in einem Bericht der «Schaffhauser Nachrichten» vom 29. März hingewiesen. Auf Grund der WK-Erfahrungen im Bat. 61 wird hier die Ansicht vertreten, das Optimum der Spezialisierung werde dort überschritten,

«wo die Gruppe als kleinste Zelle zu sehr in Spezialisten zerfällt. Das Führen wird erschwert und auch die Ausbildung nicht vereinfacht, sondern kompliziert. Wer sich in unsern Grenzschutzverhältnissen auskennt und wer sich die Kampfweise in einem Ernstfall vorstellen kann, der sieht, daß der einzelne Soldat sozusagen ein Allround-Kämpfer sein muß».

* * *

Die Truppenkommandanten äußern sich positiv über die *Einstellung der Soldaten* zum Dienst und über deren Interesse. Die Mannschaft will Dienst leisten und ist stolz auf die im Dienst sichtbar werdende *Wehrhaftigkeit*. Die Disziplin der Truppe richtet sich nach dem Maß der gestellten und durchgesetzten Forderungen. Die Truppe unterzieht sich auch der strengen Forderung willig, wenn sie mit Gerechtigkeit und Sachkunde verbunden ist. Die Mannschaft will geführt werden, aber sie will gut geführt werden. Wo dies der Fall ist, überwindet sie alle Strapazen. Interessant ist auch der Bericht, daß die soldatische Haltung gegenüber dem letzten Jahr mancherorts Fortschritte gemacht hat, und «die z. T. in falsch verstandener Demokratisierung erzogenen Rekruten jetzt von den älteren Jahrgängen von selbst in die Finger genommen werden».

Auch in der Presse gelangt die positive Einstellung der Soldaten vielfach zum Ausdruck. So berichteten die «Basler Nachrichten» vom 11. März aus dem «Winter-WK der Baselbieter Auszüge» wie folgt:

«Äußerungen von Soldaten zeigen immer wieder, wie sehr der Wehrmann an der Ausbildung und an der Bewaffnung interessiert ist. Die Auffassung ‚Nicht denken — gehorchen‘ existiert nicht mehr. In der gleichen Weise äußert sich dies auch in der Achtung gegenüber dem Vorgesetzten: der Soldat respektiert nicht den Grad, sondern die menschlichen und militärischen Fähigkeiten und Eigenschaften seiner Offiziere. Man hat aus den Erfahrungen des letzten WK gelernt und ist um die Orientierung der Truppe über Ziel und Aufgaben der Ausbildung oder einer bestimmten Übung sehr besorgt. Der Soldat setzt sich für eine Sache viel mehr ein, wenn er weiß wofür; er begreift auch vorgekommene Fehler in der Führung, wenn man ihn aufklärt und nicht den Eindruck erwachsen läßt, er sei das Opfer einer Schikane. Anklang fanden auch in den Einheiten durchgeführte Diskussionsabende . . ., in denen eine Fülle gesunder Vorschläge gemacht wurden, die bestätigen, wie lebendig der Soldat mitgeht, wenn er zum Mitmachen herangezogen wird».

Dem «Freisinnigen» schreibt ein Soldat des Geb.-Rgt. 12 über den WK unter anderem:

«Ich habe in diesem WK niemals erlebt, daß ein UO oder ein Offizier einem Soldaten gegenüber die gute Kinderstube vergessen hätte. Auch wenn Fehler passierten, der Ton blieb anständig, verständig, ja kameradschaftlich. War es darum, daß die Vorgesetzten von Anfang an viel guten Willen fanden? War es darum, daß sich jedermann bemühte, seine Aufgabe möglichst gut zu lösen?» (28. März).

* * *

Die Weisungen des EMD an die Heereseinheitskommandanten für die Durchführung von *Pressebesichtigungen* sind sehr begrüßt worden. Diese Weisungen haben nicht den Sinn zwingender Vorschriften, sondern sollen die zweckmäßige Organisation der Berichterstattung für das an der Arbeit unserer Armee interessierte Schweizervolk erleichtern.

«Sie gehen von der wichtigen Feststellung aus, daß sachliche Berichte über die Arbeit in den militärischen Schulen und Kursen und über das Leben und die Bedürfnisse der Truppe geeignet sind, Verständnis und Vertrauen für die Armee und ihre Einrichtungen zu wecken. Jede Propagandaabsicht liegt dem Departement fern; es möchte ganz einfach die technischen Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Presse sich überhaupt ein Bild von der militärischen Arbeit machen kann. . . In einer Division . . . sind bereits bemerkenswerte Erfahrungen gesammelt worden» («National-Zeitung», 27. März).

Es ist allerdings notwendig, den Pressevertretern Legitimationskarten auszuhandigen. Dies wurde bei einer Heereseinheit vergessen. Ansonst besteht die Gefahr, daß Unberufene jeder Befehlsausgabe beiwohnen und jedes Detail aus nächster Nähe beobachten.

* * *

Die Grundlagen für eine zweckmäßige Weiterausbildung unserer Armee sind geschaffen, der gute Wille ist da, bei Kader und Truppe. Mögen vor allem die Hauptleute, die das Rückgrat der Armee bilden, restlose Verantwortungsbereitschaft aufbringen. «In unabhängigen, tatkräftigen, initiativen Persönlichkeiten wird diese Bereitschaft zur Verantwortungsfreudigkeit» (*Max Huber*).

Miles